



2024 Hauptwahl
Wahlbroschüre für Oregon auf
Deutsch

Hauptwahl in Oregon

5. November 2024

Offizielle Publikation

Dies ist Ihre offizielle Wahlbroschüre für die Hauptwahl 2024. Sie soll Ihnen helfen, Ihre Stimme per Briefwahl abzugeben. Stimmzettel werden ab dem 16. Oktober an registrierte Wähler versendet.

Diese Wahlbroschüre gibt Auskunft über Wahltermine, die Wählerregistrierung, Ihre Rechte als Wähler in Oregon, Kandidatenerklärungen und Gesetzesinitiativen.



LaVonne Griffin-Valade

Innenministerin von Oregon

Liebe Wählerinnen und Wähler in Oregon,

Die Hauptwahl steht kurz bevor und jetzt ist der ideale Zeitpunkt, einen Plan für Ihre Stimmabgabe zu machen.

Bei dieser Wahl wird viel beschlossen. Wähler im ganzen Land werden über die nächste Präsidentschaft, die Zusammensetzung des Kongresses und von Legislativen in den Bundesstaaten entscheiden. Stellen Sie sicher, dass Ihrer Teilnahme nichts im Wege steht: Registrieren Sie sich als Wähler und nutzen Sie die Informationen in dieser Wählerbroschüre, um Entscheidungen über Ihre Stimmabgabe zu treffen.

Das Wählen ist in Oregon einfach gut. Unser Wahlsystem ist der Goldstandard für Barrierefreiheit und Integrität. Die automatische Wählerregistrierung nach dem Oregonianischen Gesetz zur automatischen Wählerregistrierung gewährleistet, dass mehr Wahlberechtigte einen Stimmzettel erhalten. Die Verwendung des Poststempels gibt Ihnen mehr Zeit, Ihren Stimmzettel einzusenden und Ihre Stimme gezählt zu bekommen. Wahlbetrug ist nach wie vor äußerst selten und unsere Wahlgeräte werden wiederholten strengen Prüfungen unterzogen, um zu gewährleisten, dass die Ergebnisse korrekt sind.

Es sind noch immer Falschinformationen im Umlauf, die dazu bestimmt sind, das Vertrauen in unser Wahlsystem zu untergraben und Sie von der Stimmabgabe abzuhalten. Helfen Sie uns, dagegen anzugehen, indem Sie sich aus offiziellen, verlässlichen Quellen informieren.

Holen Sie sich die Fakten und Antworten auf Ihre Fragen bei diesen vertrauenswürdigen Informationsquellen.

OregonVotes.gov | Facebook.com/OregonElections |
Twitter.com/OregonElections | Find your county elections office at
OregonVotes.gov/Counties

Das müssen Sie über die Hauptwahl am 5. November wissen:

- Registrieren Sie sich bis zum **15. Oktober** als Wähler. Auf OregonVotes.gov können Sie sich registrieren oder Ihre Registrierungsinformationen überprüfen. Die Stimmzettel werden ab dem **16. Oktober** per Post versendet.
- **Wahltag ist der 5. November 2024.**
- **Stimmzettel müssen bis 20:00 Uhr am Wahltag in Empfang genommen oder mit einem gültigen Poststempel versendet worden sein.** Sie haben auch die Möglichkeit, Ihren Stimmzettel bei einer von Dutzenden offizieller Einwurfkästen abzugeben. Auf OregonVotes.gov/Dropbox finden Sie den nächstgelegenen Einwurfkasten.
- **Fallen Sie nicht auf Falschinformationen herein:** Falschinformationen sind häufig emotional geladen, polarisierend und verbreiten sich rasch im Internet.



Oregon Secretary of State
Elections Division



Holen Sie sich die Fakten bei offiziellen Informationsquellen wie OregonVotes.gov oder durch einen Anruf bei Ihrem Landkreiswahlamt. Ihr Landkreiswahlamt finden Sie auf OregonVotes.gov/Counties.

Mit freundlichen Grüßen

LaVonne Griffin-Valade

LaVonne Griffin-Valade

Innenministerin von Oregon

vote!

LaVonne Griffin-Valade
Innenministerin von Oregon

Cheryl Myers
Stellvertretende Innenministerin und Stammes-Liaison

255 Capitol St NE, Ste 126
Salem, Oregon 97310
Informationen (503) 986-1518
Fax (503) 373-7414

OregonVotes.gov

Wenn Sie Fragen zu den folgenden Themen haben:

- Registrierung als Wähler
- Aktualisierung Ihrer Wählerregistrierung
- Wahlen und Wählen
- Ausfüllen Ihres Stimmzettels
- Einreichen Ihres Stimmzettels
- Briefwahl in Abwesenheit
- Ersatzstimmzettel
- Unterschriftsvoraussetzungen

Kontaktieren Sie Ihr Landkreiswahlamt.

Vorzumerkende Termine

Dienstag, 15. Oktober

Letzter Tag, an dem Sie sich als Wähler registrieren oder Ihre politische Parteizugehörigkeit für diese Wahl ändern können.

Mittwoch, 16. Oktober

Erster Tag, an dem die Bezirke Stimmzettel versenden.

Dienstag, 5. November

Wahltag

Letzter Tag, an dem Sie Ihren Stimmzettel abgeben können. Wenn Sie Ihren Stimmzettel per USPS einsenden, muß der Poststempel auf spätestens 20:00 Uhr am Wahltag lauten. Sie können Ihren Stimmzettel auch bis 20:00 Uhr am Wahltag bei einem offiziellen Einwurfkasten abgeben.

[Oregonvotes.gov/myvote](https://oregonvotes.gov/myvote)

Verwenden Sie dieses Internet-Tool, um Ihren Registrierungsstatus zu überprüfen oder zu aktualisieren und um Ihren Stimmzettel zu verfolgen.

Wahlergebnisse

Ab 20:00 Uhr am 5. November können Sie **inoffizielle Wahlergebnisse anzeigen**. Aktuelle inoffizielle Ergebnisse werden im Verlauf der Wahlnacht und in den darauffolgenden Tagen veröffentlicht. Die endgültigen zertifizierten Ergebnisse stehen am 12. Dezember zur Verfügung.

results.oregonvotes.gov

Es ist gesetzwidrig:

- den Stimmzettel-Rückumschlag einer anderen Person für sie zu unterzeichnen.
- bei einer Wahl mehrmals zu wählen oder einen betrügerischen Stimmzettel abzugeben.
- einen Stimmzettel abzugeben, wenn Sie dazu gesetzlich nicht berechtigt sind.
- einen anderen Wähler zu nötigen, unter Druck zu setzen oder ansonsten auf unangemessene Weise zu beeinflussen.
- Ihren Stimmzettel zu verkaufen oder zum Verkauf anzubieten oder den Stimmzettel eines anderen Wählers zu kaufen oder dafür ein Kaufangebot zu machen.
- den Eingang zu einem Gebäude zu blockieren, in dem sich eine Wahlkabine oder eine offizielle Stimmzettel-Abgabestelle befindet.
- den Stimmzettel einer anderen Person, eine ausgehängte Wahlmitteilung oder Wahlgeräte oder -zubehör zu verunstalten, zu entfernen, zu verändern oder zu vernichten.
- zu versuchen, ausgefüllte Stimmzettel in einem Umkreis von 100 Fuß (30 m) um eine offizielle Stimmzettel-Abgabestelle einzusammeln.
- eine Stimmzettel-Abgabestelle einzurichten, ohne ein Schild mit der Angabe „Not An Official Ballot Drop site“ (Keine offizielle Stimmzettel-Abgabestelle) auszuhängen.

Jegliche Verstöße gegen die angegebenen Wahlgesetze werden zivil- oder strafrechtlich geahndet.

Wenn Sie weitere Informationen über die Stimmabgabe in Oregon benötigen oder meinen, dass Ihre Rechte als Wähler verletzt wurden, gehen Sie zu

oregonvotes.gov

1 866 673 8683
se habla español

TTY 1 800 735 2900
für Hörbehinderte

Kennen Sie Ihre Rechte

Als Wähler in Oregon haben Sie die folgenden Rechte:

- das Recht auf **Zugang zu offiziellen Stimmzettel-Kästen und Wahlämtern** ohne Beeinträchtigung
-
- das Recht **geheimzuhalten, wie Sie gewählt haben**
-
- das Recht, **ohne Einschüchterung oder Drohungen zu wählen**

die Folgenden können eine **Einschüchterung von Wählern** darstellen:

- **Aggressive oder belästigende Fragen** darüber, ob Sie wahlberechtigt sind, mit der Absicht, Ihr Wahlrecht zu behindern, Sie durch Angst dazu zu bewegen, Ihre Stimme auf eine bestimmte Weise abzugeben, oder Sie von der Stimmabgabe abzuschrecken, zum Beispiel durch Fragen über Ihre Staatsbürgerschaft, Vorstrafen, Ihren Wohnsitz, andere personenbezogene Informationen oder Fragen darüber, wie Sie wählen werden
- **Falsche oder irreführende Aussagen oder Beschuldigungen** über Wahlbetrug oder damit verbundene strafrechtliche Konsequenzen, um Ihnen Angst zu machen und Sie dadurch am Wählen zu hindern
- **Verbale oder körperliche Bedrohungen** – ob ausdrücklich oder stillschweigend – um Sie vom Wählen abzuhalten oder Sie zu zwingen, für einen bestimmten Kandidaten oder eine bestimmte Gesetzesinitiative zu stimmen
- **Die absichtliche Behinderung oder Beeinträchtigung** Ihrer Fähigkeit zu wählen
- **Gezielte Überwachung** bestimmter Wähler oder Wählergruppen, zum Beispiel die Verfolgung oder Beobachtung von Wählern, das Kopieren von Nummernschildern, die Aufnahme von Videos oder Fotos usw., mit der Absicht, diese Personen vom Wählen abzubringen
 - oder sie daran zu hindern

Hier erhalten Sie korrekte Informationen über das Wählen und können
Wählereinschüchterung melden

1 866 673 8683

se habla español

TTY 1 800 735 2900

für Hörbehinderte

Häufige Fragen

Wo kann ich wählen?

In Oregon gilt die allgemeine Briefwahl. Sie können Ihren Stimmzettel an einem Ort Ihrer Wahl ausfüllen.

Wenn Sie bis **15. Oktober** als Wähler registriert sind, erhalten Sie Ihren Stimmzettel zwischen dem **16. Oktober** und dem **22. Oktober** per Post. Ihr Landkreiswahlamt sendet die Unterlagen an die Adresse, die in Ihrem Wählerregistrierungseintrag angegeben ist.

Wenn Sie Ihren Stimmzettel nicht bis zum **25. Oktober** erhalten haben, wenden Sie sich telefonisch an Ihr Landkreiswahlamt.

Was ist, wenn ich verzogen bin?

Eine Postnachsendung von Stimmzetteln ist nicht möglich. Um Ihren Stimmzettel zu erhalten, aktualisieren Sie die Angaben in Ihrer Wählerregistrierung unter oregonvotes.gov/myvote.

Wenn bis zum Wahltag noch weniger als 5 Tage verbleiben, rufen Sie Ihr Landkreiswahlamt an, um zu erfahren, wie Sie Ihren Stimmzettel erhalten.

Wie erhalte ich einen Stimmzettel im Voraus?

Wenn Sie am Wahltag nicht zu Hause sind, aktualisieren Sie die Informationen in Ihrer Wählerregistrierung. Gehen Sie hierfür zu oregonvotes.gov/myvote.

Um einen Antrag auf Briefwahl in Abwesenheit zu stellen, geben Sie Ihre für die Wahl in Abwesenheit verwendete Postanschrift ein und geben Sie an, wie lange Sie sich dort aufhalten werden.

Wird die Wahlbroschüre in andere Sprachen übersetzt?

Ja. Teile der Wahlbroschüre stehen im Internet in den folgenden Sprachen zur Verfügung:

Arabisch, Chinesisch (vereinfacht), Französisch, Deutsch, Japanisch, Koreanisch, Marshallesisch, Russisch, Spanisch, Tagalog, Thai, Ukrainisch und Vietnamesisch.

Diese Übersetzungen finden Sie hier:

oregonvotes.gov/voterspamphlet.

Wie fülle ich meinen Stimmzettel aus?

Ihr Wahlpaket enthält Anweisungen zum Ausfüllen und Einsenden Ihres Stimmzettels. Befolgen Sie die Anweisungen!

Was ist, wenn mein Stimmzettel beschädigt wird?

Wenn Ihr Stimmzettel verloren geht oder in irgendeiner Weise vernichtet oder beschädigt wird und Sie dadurch von der Stimmabgabe abgehalten werden, wenden Sie sich an Ihr Landkreiswahlamt unter oregonvotes.gov/counties und bitten Sie um Ersatz.

Muss ich zu allem eine Stimme abgeben?

Nein. Ihr Stimmzettel wird auch dann gezählt, wenn Sie nicht zu jedem Amt oder zu jeder Gesetzesinitiative eine Stimme abgeben.

Kann ich meine Stimmabgabe im Nachhinein ändern?

Nachdem Sie Ihren Stimmzettel per Post eingesendet oder abgegeben haben, können Sie Ihre Stimmabgabe nicht mehr ändern. Wenn Sie Ihren Stimmzettel noch haben, befolgen Sie die Anweisungen, die Sie im Wahlpaket erhalten haben.

Wie gebe ich meinen Stimmzettel ab?

Sie können Ihren Stimmzettel per Post einsenden. Hierzu müssen Sie den Umschlag nicht frankieren. Wenn Sie Ihren Stimmzettel per Post einsenden, muss die Einsendung einen USPS-Stempel bis spätestens **20:00 Uhr** am **5. November** tragen.

Sie können Ihren Stimmzettel auch bei einem beliebigen Landkreiswahlamt oder einem offiziellen Einwurfkasten abgeben. Den nächsten Einwurfkasten und eine Karte mit einer Wegbeschreibung finden Sie unter oregonvotes.gov/dropbox oder erhalten Sie bei Ihrem Landkreiswahlamt.

Landkreiswahlämter sind am Wahltag von 7:00 bis 20:00 Uhr geöffnet.

Muss ich den Sichtschutzumschlag verwenden?

Wenn Sie einen Sichtschutzumschlag erhalten, sind Sie nicht verpflichtet, ihn zu verwenden.

Wenn Sie keinen Sichtschutzumschlag erhalten haben, ist Ihr Landkreis einer der vielen, die einen Stimmzettel-Rückumschlag mit zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen verwenden, die von der Geschäftsstelle der Innenministerin genehmigt wurden und den Sichtschutzumschlag überflüssig machen.

Muss ich den Stimmzettel-Rückumschlag unterschreiben?

Ja. Ihre Unterschrift ist eine Sicherheitsmaßnahme, mit der Ihre Identität bestätigt wird. Ihr Stimmzettel-Rückumschlag muss von Ihnen persönlich unterschrieben werden. Vollmachten gelten nicht für die Stimmabgabe bei Wahlen.

Wenn Sie nicht namentlich unterschreiben können, wenden Sie sich an Ihr Landkreiswahlamt, um weitere Informationen zu erhalten. Ihr Stimmzettel wird nur gezählt, wenn die Unterschrift auf dem Stimmzettel-Rückumschlag mit Unterschriften in Ihrem Wählerregistrierungseintrag übereinstimmt.

Wenn Ihre Unterschrift nicht übereinstimmt oder wenn Sie vergessen, den Umschlag zu unterschreiben, werden Sie vom Landkreis darüber benachrichtigt. Sie haben bis 21 Tage nach der Wahlzeit, um nachzuweisen, dass der Umschlag von Ihnen unterschrieben wurde.

Ist meine Stimmabgabe wirklich geheim, wenn mein Name auf dem Stimmzettel-Rückumschlag angegeben ist?

Ja. Nach der Überprüfung der Unterschrift wird Ihr Stimmzettel vom Stimmzettel-Rückumschlag getrennt, bevor er aufgefaltet und geprüft wird.

Wurde mein Stimmzettel gezählt?

Registrierte Wähler können den neuesten Stand ihres Stimmzettels unter oregonvotes.gov/myvote einsehen. Dort können Sie verfolgen, wann ein Stimmzettel versendet wurde, eingegangen ist oder ob er als unzustellbar zurückgeschickt wurde.

Wann werden die Wahlergebnisse bekanntgegeben?

Erste Ergebnisse werden ab **20:00 Uhr am 5. November** bekanntgegeben und im Verlauf der Wahlnacht und in den darauffolgenden Tagen immer wieder aktualisiert.

Zwischen dem Wahlabend und dem Datum, an dem die Wahlergebnisse zertifiziert werden, werden sich die inoffiziellen Ergebnisse auf oregonvotes.gov ändern. Diese Änderungen sind darauf zurückzuführen, dass weitere Stimmzettel, die einen Poststempel bis 20:00 Uhr am Wahltag tragen, eingehen und gezählt werden.

Die endgültigen Ergebnisse stehen, besonders bei einem knappen Wahlausgang, möglicherweise erst dann fest, wenn die Wahl zertifiziert und die offizielle Zusammenfassung der Wahl veröffentlicht wurde. Die endgültigen zertifizierten Ergebnisse stehen 37 Tage nach der Wahl zur Verfügung.

Brauche ich einen vorläufigen Stimmzettel?

Wenn Ihre Wahlberechtigung nicht festgestellt werden kann, erhalten Sie einen vorläufigen Stimmzettel.

Um einen vorläufigen Stimmzettel zu erhalten, gehen Sie persönlich zu Ihrem Landkreiswahlamt und füllen einen Antrag auf einen vorläufigen Stimmzettel aus.

Ihr vorläufiger Stimmzettel wird nur gezählt, wenn festgestellt wird, dass Sie wahlberechtigt sind.

Wie reiche ich eine Beschwerde ein?

Wenn Sie meinen, dass es zu einem Verstoß gegen die Wahlgesetze in Oregon gekommen ist, und registrierter Wähler in Oregon sind, können Sie bei der Wahlabteilung eine Untersuchung beantragen. Anonyme Meldungen werden nicht untersucht.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen oder eine Beschwerde zur Untersuchung durch die Elections Division einreichen möchten, gehen Sie zu oregonvotes.gov und dort zum Abschnitt „Get involved“ (Aktiv werden).

Wahlergebnisse

Ab 20:00 Uhr am 5. November können Sie **inoffizielle Wahlergebnisse anzeigen**.

Aktuelle inoffizielle Ergebnisse werden im Verlauf der Wahlnacht und in den darauffolgenden Tagen veröffentlicht. Die endgültigen zertifizierten Ergebnisse stehen am 12. Dezember zur Verfügung.

results.oregonvotes.gov

Behinderte Wähler

Weitere Informationen über barrierefreies Wählen erhalten Sie **bei Ihrem Landkreiswahlamt**.

Welche Möglichkeiten gibt es zur Teilnahme an der Wahl?

- **Barrierefreies Stimmzettel-Format**
Diesen Stimmzettel füllen Sie auf einem Computer mithilfe von Unterstützungstechnologie aus. Danach drucken Sie ihn aus und senden ihn ein. Alternativ können Sie auch die behindertengerechten Tablets oder Computerstationen verwenden, die in jedem Landkreiswahlamt vorhanden sind.
- **Stimmzettel mit Großdruck**
- **Bitten Sie um Hilfe**

Wer kann mir beim Ausfüllen meines Stimmzettels helfen?

- **Beliebige Personen, außer Ihrem Arbeitgeber oder Ihrer Gewerkschaft**
Sie können sich von Freunden, Angehörigen oder anderen Vertrauensperson helfen lassen. Nach den Gesetzen in Oregon dürfen Sie keine Hilfe von Ihrem Arbeitgeber oder Ihrer Gewerkschaft erhalten.
- **Das Wahlhilfeteam des Landkreises**
Sie brauchen aber nicht eine Person zu fragen, die Sie kennen. Es stehen Ihnen Wahlhilfeteams des Landkreises zur Verfügung, die Ihnen helfen können, Ihren Stimmzettel diskret und unabhängig auszufüllen.

Was ist, wenn ich den Stimmzettel-Rückumschlag nicht unterzeichnen kann?

- **Sie können einen Unterschriftenstempel oder eine andere Unterschriftsangabe verwenden.**
Bevor Sie zur Unterzeichnung des Stimmzettelumschlags einen Stempel oder ein Zeichen verwenden, müssen Sie ein Unterschriftenstempel-Bezeugungsformular und eine Wählerregistrierungskarte ausfüllen.

Welche anderen barrierefreien Ressourcen stehen zur Verfügung?

→ **Wählerbroschüre für Oregon**

Diese ist unter oregonvotes.gov in digitalem Audioformat oder in einer [barrierefreien Textversion erhältlich](#).

→ **Leitfaden zum barrierefreien Wählen**

Zum Ausdruck erhältlich und per HTML zugänglich unter easyvotingguide.org.

Kennen Sie Ihre Rechte

Sie haben das Recht zu wählen!

Wenn Sie Staatsbürger der USA, in Oregon wohnhaft, mindestens 18 Jahre alt und registrierter Wähler sind, gilt:

- **Sie haben das Recht** zur geheimen Wahl. Sie müssen niemandem sagen, wie Sie gewählt haben.
- **Sie haben das Recht**, einen „vorläufigen Stimmzettel“ zu erhalten, selbst wenn Ihnen gesagt wird, dass Sie nicht als Wähler registriert sind.
- **Sie haben das Recht**, einen neuen Stimmzettel zu erhalten, wenn Sie einen Fehler gemacht haben.
- **Sie haben das Recht**, für die Person Ihrer Wahl zu stimmen. Wenn Ihnen die Kandidaten auf Ihrem Stimmzettel nicht zusagen, können Sie den Namen einer anderen Person eintragen.
- **Sie haben das Recht**, bei beliebigen Belangen auf Ihrem Stimmzettel mit „Yes“ (Ja) oder „No“ (Nein) zu stimmen.
- **Sie haben das Recht**, auf ihrem Stimmzettel einige Entscheidungen leer zu lassen. Die Entscheidungen, zu denen Sie eine Stimme abgegeben haben, werden trotzdem gezählt.
- **Sie haben das Recht**, für alle Bundeswahlen ein Wahlsystem zu verwenden, das es für behinderte Personen gleichermaßen möglich macht, geheim und unabhängig zu wählen.
- **Sie haben das Recht** zu wissen, ob Ihr Stimmzettel, darunter auch ein „vorläufiger Stimmzettel“ zur Stimmzählung angenommen wurde.
- **Sie haben das Recht**, eine Beschwerde einzureichen, wenn Sie meinen, dass Ihnen Ihre Rechte als Wähler vorenthalten wurden.
- **Sie haben das Recht** zu wählen oder Ihre Stimme abzugeben, wenn Sie sich bis 20:00 Uhr am Wahltag in die Schlange gestellt haben.
- **Sie haben das Recht** zu wissen, ob Sie als Wähler registriert sind.
- **Sie haben das Recht** sich zu entscheiden, ob Sie sich als Mitglied einer politischen

Partei registrieren möchten.

- **Sie haben das Recht**, einen Unterschriftenstempel oder ein anderes Zeichen zur Unterschrift zu verwenden, müssen hierzu jedoch zuerst ein Formular ausfüllen. Niemand darf für Sie unterschreiben.
- **Sie haben das Recht**, Wahlmitarbeiter, einen Freund oder Angehörigen um Hilfe zu bitten. Es gibt einige Personen, die Ihnen bei der Wahl nicht helfen dürfen, zum Beispiel Ihr Vorgesetzter oder ein Gewerkschaftsvertreter an Ihrem Arbeitsplatz.
- **Sie haben das Recht** zu wählen, selbst wenn Sie obdachlos sind.
- **Sie haben das Recht** zu wählen, selbst wenn Sie wegen einer Straftat verurteilt aber aus der Haft entlassen wurden, auch wenn Sie auf Bewährung sind oder bedingt entlassen wurden.
- **Sie haben das Recht** zu wählen, wenn Sie einen Vormund haben und Hilfe beim Lesen oder Ausfüllen Ihres Stimmzettels benötigen. Weitere Informationen:

Weitere Informationen:

1 866 673 8683

se habla español

TTY 1 800 735 2900

für Hörbehinderte

(Verfassung von Oregon, Teil 2 und 3; ORS Abschnitt 137, 246, 247 und 254; Briefwahlhandbuch; Wahlförderungsgesetz von 2002; OAR 165-001-0090 und 165-007-0030)

Füllen Sie Ihren Stimmzettel aus

Lesen Sie die Anweisungen auf Ihrem Stimmzettel sorgfältig durch und befolgen Sie sie.

1. Um Ihre Stimme abzugeben, füllen Sie das Oval neben Ihrer Wahl vollständig aus.
2. So tragen Sie einen Kandidaten ein:
 - Tragen Sie den Namen des Kandidaten in Druckschrift deutlich in die leere Zeile des Stimmzettels ein.
 - und-
 - Füllen Sie das Oval neben dem eingetragenen Namen ein.

Fehlerprüfung

Sie müssen nicht zu allen Entscheidungen eine Stimme abgeben. Ihre Stimme wird bei den Entscheidungen, zu denen Sie eine abgeben, trotzdem gezählt.

Wenn Sie für mehrere Optionen stimmen, wird Ihre Stimme

für den betreffenden Kandidaten oder die betreffende Gesetzesinitiative **nicht gezählt**.

Überprüfen Sie Ihren Stimmzettel sorgfältig

Nachdem Sie Ihren Stimmzettel eingereicht haben, können Sie Ihre Stimmabgabe nicht mehr ändern.

Wenn Sie einen Ersatzstimmzettel benötigen, wenden Sie sich an Ihr Landkreiswahlamt.

Informationen zur Wählerregistrierung

Wer kann sich als Wähler registrieren?

Zur Registrierung müssen Sie:

- US-Staatsbürger sein
- Einwohner von Oregon sein
- mindestens 16 Jahre alt sein

Wenn Sie weniger als 18 Jahre alt sind, erhalten Sie erst dann einen Stimmzettel, wenn eine Wahl am oder nach Ihrem 18. Geburtstag stattfindet.

Wie registriere ich mich als Wähler?

Registrierung als Wähler

- Online unter oregonvotes.gov/register
- Durch Einsendung Ihrer ausgefüllten Registrierungskarte an Ihr Landkreiswahlamt.
- Durch persönliches Ausfüllen einer Registrierungskarte bei einem beliebigen Landkreiswahlamt, dem Innenministerium und bestimmten bundesstaatlichen Behörden, zum Beispiel dem DMV.

Muss ich meine Registrierung aktualisieren?

Aktualisieren Sie Ihre Registrierung, wenn Sie umziehen, Ihren Namen, Ihre Unterschrift oder Ihre Postanschrift ändern oder wenn Sie Ihre politische Partei ändern oder eine politische Partei auswählen möchten.

Sie können die neuen Informationen online unter oregonvotes.gov/myvote eingeben oder eine Wählerregistrierungskarte ausfüllen und sie bei Ihrem Landkreiswahlamt einreichen.

Muss ich mich ausweisen?

Sie müssen Ihren gültigen, von Oregon ausgestellten Führerschein, Lernfahrausweis oder Personalausweis vorlegen.

Wenn Sie kein gültiges Ausweisdokument für Oregon haben, geben Sie die letzten vier Ziffern Ihrer Sozialversicherungsnummer an.

Wenn Sie kein gültiges Ausweisdokument für Oregon und keine Sozialversicherungsnummer haben, finden Sie eine Liste akzeptabler alternativer Ausweisdokumente online unter oregonvotes.gov.

Was ist der letzte Registrierungstermin?

Um an der Hauptwahl am **5. November 2024** teilzunehmen, muss Ihre ausgefüllte Registrierungskarte:

- einen Poststempel bis Dienstag, den **15. Oktober** tragen oder

→ bis Dienstag, den **15. Oktober** bei einem Landkreiswahlamt oder einer Behörde, die Wähler registrieren kann, (zum Beispiel dem DMV) abgegeben werden.
Wenn Sie sich im Internet als Wähler registrieren, muss Ihre Registrierung bis 23:59 Uhr am **15. Oktober** eingehen.

Muss ich mich für eine politische Partei entscheiden?

Nein, das müssen Sie nicht. Sie müssen keine an der Vorwahl teilnehmende Partei wählen. Der Stimmzettel, den Sie für die Vorwahl erhalten, beinhaltet dann nur nichtparteiische Ämter und Gesetzesinitiativen. Auf Ihrem Stimmzettel für die Hauptwahl erscheinen alle Ämter.

Programm zur Geheimhaltung von Adressen

Teilnehmer am Programm zur Geheimhaltung von Adressen (Address Confidentiality Program, ACP) erhalten eine rechtmäßige Ersatzadresse und einen Service zur Weiterleitung von Post. Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt, Stalking oder Menschenhandel erhalten eine Ersatzadresse, die sie in öffentlichen Behördendaten anstelle ihrer tatsächlichen Adresse verwenden können.

Personen, die selbst gefährdet sind oder deren Familie gefährdet sein könnte, wenn ihre Privatadresse in öffentlichen Behördendaten einsehbar ist, können sich unter Anwendung bestimmter Geheimhaltungsmaßnahmen als Wähler registrieren, indem sie sich beim Programm zur Geheimhaltung von Adressen (Address Confidentiality Program) anmelden.

Um sich beim Programm zur Geheimhaltung von Adressen anzumelden, müssen Sie mit einer Opfervertretung arbeiten, die vom Justizministerium als Antragshelfer designiert wurde. Wenn Sie weitere Informationen benötigen oder einen Antragshelfer in Ihrer Nähe benötigen, wenden Sie sich an Rufnummer **888-559-9090** oder besuchen Sie www.doj.state.or.us/acp.

Die Teilnahme am ACP alleine kann Ihre Sicherheit nicht gewährleisten. Die Mitarbeiter des ACP bieten keine Bedrohungsanalyse oder Sicherheitsplanung an und sind nicht berechtigt, Sie rechtlich zu beraten.

Informationen über politische Parteien und Kandidaten

Erklärungen politischer Parteien

Bei der Hauptwahl können bundesstaatsweite politische Parteien eine Erklärung zur Aufnahme in die Wahlbroschüre mit Argumenten für den Erfolg ihrer Grundsätze und die Wahl ihrer Kandidaten einreichen. Die Erklärung kann auch gegen die Grundsätze und Kandidaten der anderen politischen Parteien und Organisationen argumentieren. Falls Erklärungen eingereicht werden, erscheinen sie in alphabetischer Reihenfolge.

Die folgenden politischen Parteien haben für die Hauptwahl 2024 keine Erklärung eingereicht:

- Partei ohne Bezeichnung in Oregon (No Labels Party of Oregon)

Informationen über Kandidaten

Nach dem Gesetz von Oregon (ORS 254.155) ist die Innenministerin verpflichtet, die Buchstaben des Alphabets in zufälliger Reihenfolge anzuordnen, um die Reihenfolge zu bestimmen, in der die Namen der Kandidaten auf dem Stimmzettel erscheinen.

Das Alphabet für die **Hauptwahl 2024** lautet wie folgt:

K, Y, W, V, B, O, G, E, N, A, I, J, P, M, X, L, T, C, F, S, U, H, Q, R, Z, D

Die Erklärungen der Kandidaten in dieser Broschüre sind nach Art des Amtes und Position gegliedert und dann in derselben zufälligen Reihenfolge angeordnet, in der die Namen der Kandidaten auf dem Stimmzettel erscheinen werden.

Die Erklärungen sind wie folgt angeordnet:

- Parteikandidaten nach Position in der Reihenfolge auf dem Stimmzettel
- Nichtparteiische Kandidaten nach Position in der Reihenfolge auf dem Stimmzettel

Die Kandidaten zahlen eine Gebühr oder reichen anstelle der Gebühr Unterschriften ein, um in die Wahlbroschüre aufgenommen zu werden. Jeder Kandidat hat bestätigt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen, die sich auf den Beruf, den beruflichen Werdegang, die Ausbildung und die Erfahrung der Kandidaten in Regierungsgämtern beziehen, der Wahrheit entsprechen.

Gesetzesinitiativen

Gesetzesinitiativen sind vorgeschlagene Änderungen an der Verfassung oder den bundesstaatlichen Gesetzen von Oregon. Für die Gesetzesinitiativen in dieser Wahlbroschüre sind die folgenden Informationen angegeben:

1. der Name der Initiative
2. die geschätzten finanziellen Auswirkungen
3. der vollständige Text der vorgeschlagenen Gesetzesinitiative
4. die erläuternde Erklärung
5. Argumente, die von Befürwortern und Gegnern der Gesetzesinitiative eingereicht wurden

Name der Initiative

Der Name der Initiative wird vom Staatsjustizministerium verfasst und zur öffentlichen Kommentierung an die interessierten Parteien weitergegeben. Nach einer Überprüfung der eingegangenen Kommentare wird der Name der Initiative vom Staatsjustizministerium zertifiziert. Gegen diesen zertifizierten Namen kann Einspruch eingelegt werden und er kann vom Verfassungsgericht von Oregon (Oregon Supreme Court) geändert werden.

Die Titel der Gesetzesinitiativen 115, 116 und 117 wurden von einem Abgeordneten-Sonderausschuss verfasst. Ernennung zum Ausschuss und Anfechtung der Titel von Gesetzesinitiativen gemäß Abschnitt 366 des Gesetzbuchs von Oregon (2023).

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Die geschätzte finanzielle Auswirkung jeder Gesetzesinitiative wird von einem Komitee ermittelt, das sich aus Amtsträgern des Bundesstaats zusammensetzt, darunter die Innenministerin, der Finanzminister des Bundesstaats, der Direktor des Verwaltungsamts, der Direktorin des Finanzamts sowie ein örtlicher Regierungsvertreter, der von den Mitgliedern des Komitee ausgewählt wurde. Ausgehend von Informationen, die von den bundesstaatlichen Ämtern zur Verfügung gestellt wurden, und Kommentaren aus einem öffentlichen Anhörungsprozess schätzt das Komitee nur die direkten Auswirkungen auf die bundesstaatliche Regierung sowie die kommunalen Regierungen. Die Schätzung setzt voraus, dass die Gesetzesinitiative wie angegeben umgesetzt wird, und gibt die jährlichen Kosten als Bereich an, wenn dieser korrekt berechnet werden kann.

Das Komitee konsultiert auch den legislativen Steuerhof, um festzustellen, ob die Gesetzesinitiative möglicherweise eine Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft des Bundesstaats hat, falls eine geeignete Analyse vorhanden ist. Falls das Komitee dies für notwendig erachtet, kann es eine weitere Erklärung der Schätzung in Form einer zweiten Erklärung hinzufügen. Die vom Komitee verwendeten Verfahren, nicht aber der Inhalt der Erklärung, kann vor dem Verfassungsgericht von Oregon (Oregon Supreme Court) angefochten werden.

Vollständiger Text der Gesetzesinitiative

Hier sehen Sie die tatsächlichen Änderungen, die eine Gesetzesinitiative an der

Verfassung von Oregon oder bundesstaatlichen Gesetzen vornehmen würde.

Erläuternde Erklärung

Die erläuternde Erklärung ist eine unparteiische Erklärung, in der die Gesetzesinitiative erläutert wird.

Erläuternde Erklärungen werden von einem Komitee mit fünf Mitgliedern verfasst, darunter zwei Befürworter der Gesetzesinitiative, zwei Gegner der Gesetzesinitiative und ein fünftes Mitglied, das von den ersten vier Komiteemitgliedern oder, falls sie sich nicht auf ein fünftes Mitglied eignen können, von der Innenministerin ernannt wird.

Gegen erläuternde Erklärungen kann Einspruch eingelegt werden und sie können vom Verfassungsgericht von Oregon (Oregon Supreme Court) geändert werden.

Die erläuternden Erklärungen der Gesetzesinitiativen 115, 116 und 117 wurden von einem Abgeordneten-Sonderausschuss verfasst. Ernennung zum Ausschuss und Anfechtung der erläuternden Erklärungen von Gesetzesinitiativen gemäß Abschnitt 366 des Gesetzbuchs von Oregon (2023).

Argumente zur Gesetzesinitiative

Jede Person oder Organisation kann Argumente für oder gegen eine zur Wahl gestellte Gesetzesinitiative einreichen, indem sie 1.200 \$ bezahlt oder ein Volksbegehren einreicht, das von 500 Wählern unterschrieben wurde. Argumente für eine Gesetzesinitiative erscheinen zu Anfang, gefolgt von Argumenten gegen die Gesetzesinitiative, und die Argumente werden innerhalb jeder Kategorie in zufälliger Reihenfolge gedruckt.

Kandidaten sind nicht verpflichtet, Erklärungen für die Wahlbroschüre einzureichen.

Erklärungen und Argumente zu Gesetzesinitiativen werden so gedruckt, wie sie eingereicht wurden.

Der Bundesstaat überprüft die Informationen, die von Kandidaten und Einreichern von Argumenten zu Gesetzesinitiativen vorgelegt wurden, nicht auf ihre Richtigkeit. Falsche Informationen werden nicht korrigiert.

Rechtlicher Hinweis

Die in Erklärungen oder Argumenten von Kandidaten, politischen Parteien, Versammlungen von Wählern oder von Befürwortern oder Gegnern einer Gesetzesinitiative enthaltenen Informationen wurden vom Staat Oregon nicht auf ihre Richtigkeit geprüft.

US Präsident US Vizepräsident

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter* im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 1. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 2. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 3. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 4. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden

keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 5. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten (U.S. Representative) für den 6. Bezirk

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Innenminister

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Finanzminister des Bundesstaats

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Staatsjustizminister

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden

keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Verfassungsrichter, position 1

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Verfassungsrichter, position 7

Nach ORS 251.170 haben Kandidaten auf Bundes- und Bundesstaatsebene die Möglichkeit, eine übersetzte Version ihrer Kandidatenerklärung abzugeben. Es wurden keine übersetzten Versionen von Kandidatenerklärungen eingereicht. Alle englischsprachigen Erklärungen sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Gemeinsamer Beschluss 16 des Repräsentantenhauses – während des 82. regulären Tagungszeitraums der legislativen Versammlung des Bundesstaats Oregon 2023 den Wählern zu deren Zustimmung oder Ablehnung bei der Hauptwahl am 5. November 2024 vorgelegt.

Gesetzesinitiative 115

Ändert die Verfassung: Erlaubt die Amtsenthebung von gewählten bundesstaatsweiten Amtsträgern durch die Legislative von Oregon mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen in jedem Haus; legt einen entsprechenden Prozess fest.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja): Eine Abstimmung mit „Yes“ (Ja) erlaubt die Amtsenthebung von gewählten bundesstaatsweiten Amtsträgern durch die Legislative von Oregon und legt einen entsprechenden Prozess fest. Das Repräsentantenhaus erhebt mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen eine Amtsenthebungsklage. Der Senat führt das Amtsenthebungsverfahren durch und kann eine Verurteilung mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen beschließen. Der Oberrichter des Verfassungsgerichts von Oregon (Oregon Supreme Court) hat den Vorsitz bei dem Amtsenthebungsverfahren.

Ergebnis einer Abstimmung mit „No“ (Nein): Im Falle einer Abstimmung mit „Nein“ gilt das derzeitige Gesetz weiter, das der Legislative von Oregon keine Erlaubnis gibt, gewählte bundesstaatsweite Amtsträger ihres Amtes zu entheben.

Zusammenfassung: Ändert die Verfassung von Oregon dahingehend, dass das Repräsentantenhaus von Oregon (Oregon House of Representatives) die Möglichkeit erhält, eine Amtsenthebungsklage gegen bundesstaatsweite Amtsträger in der Exekutive zu erheben, und dass der Senat von Oregon (Oregon Senate) die Befugnis erhält, ein Amtsenthebungsverfahren auf eine vom Repräsentantenhaus erhaltene Anklage hin einzuleiten. Zurzeit sind die gewählten bundesstaatsweiten Amtsträgern in der Exekutive die Gouverneurin, die Innenministerin, der Finanzminister, der Staatsjustizminister und der Kommissar des Amts für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries). Gegenwärtig besteht die einzige Möglichkeit zur Abberufung dieser Amtsträger in einer Abberufungswahl. Diese Gesetzesinitiative gibt dem Repräsentantenhaus die Möglichkeit, eine Amtsenthebungsklage wegen Dienstvergehen, korrupten Handlungen im Amt, vorsätzlicher Pflichtversäumnis oder anderen schweren Straftaten oder Verbrechen zu erheben. Erfordert eine Abstimmung mit „Yes“ (Ja) von mindestens zwei Dritteln (40) der Repräsentanten, um eine Amtsenthebungsklage an den Senat zu übergeben. Erfordert, dass der Senat ein Amtsenthebungsverfahren durchführt, und erfordert eine Abstimmung mit „Yes“ (Ja) von mindestens zwei Dritteln (20) der Senatoren für eine Verurteilung. Der Oberrichter des Verfassungsgerichts von Oregon (Oregon Supreme Court) hat bei Amtsenthebungsverfahren den Vorsitz. Verurteilte Amtsträger werden des Amtes enthoben und von anderen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen: Diese Gesetzesinitiative ändert die Verfassung dahingehend, dass sie dem Repräsentantenhaus die Möglichkeit gibt, eine Amtsenthebungsklage gegen gewählte bundesstaatsweite Amtsträger zu erheben. Die Gesetzesinitiative erfordert, dass der Senat auf jegliche Amtsenthebungsklage des Repräsentantenhauses hin ein Verfahren durchführt. Der Oberrichter hat den Vorsitz bei dem Verfahren. Die finanziellen Auswirkungen auf die Regierung des Bundesstaats können nicht bestimmt werden, da Amtsenthebungsverfahren keine feste Länge haben und außerhalb der regulären Legislatorsitzungen stattfinden können. Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen für kommunale Regierungen.

Mitglieder des Ausschusses:

Innenministerin LaVonne Griffin-Valade

Finanzminister Tobias Read

Berri Leslie, Direktorin, Verwaltungsamt (Department of Administrative Services)

Betsy Imholt, Direktorin, Finanzamt (Department of Revenue)

Ernest Stephens, Repräsentant eines Ortes, Landkreises oder Wahlbezirks mit Fachwissen im Bereich Finanzwesen für kommunale Behörden

(Die Schätzung zu den finanziellen Auswirkungen wurde von dem oben genannten Ausschuss gemäß ORS 250.127 angefertigt.)

Erläuternde Erklärung: Vom Gesetzgebungsausschuss gemäß ORS 251.225.

Gesetzesinitiative 115 ändert die Verfassung von Oregon dahingehend, dass das Repräsentantenhaus von Oregon (Oregon House of Representatives) die Möglichkeit erhält, eine Amtsenthebungsklage gegen bundesstaatsweite Amtsträger in der Exekutive zu erheben, und dass der Senat von Oregon (Oregon Senat von Oregon (Oregon Senate) die Befugnis erhält, ein Amtsenthebungsverfahren auf eine vom Repräsentantenhaus erhaltene Anklage hin einzuleiten.

Nach der Verfassung von Oregon ist das Recht zur Abberufung öffentlicher Amtsträger, einschließlich gewählter bundesstaatsweiter Amtsträger in der Exekutive, den Wählern vorbehalten, die Verfassung gibt jedoch keiner der beiden Kammern der legislativen Versammlung das Recht, gewählte bundesstaatsweite Amtsträger ihres Amtes zu entheben. Gegenwärtig sind die gewählten bundesstaatsweiten Amtsträger in der Exekutive die Gouverneurin, die Innenministerin, der Finanzminister und der Staatsjustizminister und der Kommissar des Amtes für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industry).

Gesetzesinitiative 115 gibt dem Repräsentantenhaus die Befugnis, eine Amtsenthebungsklage wegen Dienstvergehen, korrupten Handlungen im Amt, vorsätzlicher Pflichtversäumnis oder anderen schweren Straftaten oder Verbrechen gegen einen gewählten bundesstaatsweiten Amtsträger zu erheben. In der

Gesetzesinitiative werden diese Begriffe nicht definiert, sodass das Repräsentantenhaus feststellen kann, ob ein bestimmtes Verhalten ein der Amtsenthebung würdiges Vergehen darstellt. Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass eine Zweidrittelmehrheit aller Repräsentanten (40 Repräsentanten) erforderlich ist, um eine Amtsenthebungsklage zu erheben und an den Senat weiterzuleiten.

Gesetzesinitiative 115 gibt dem Senat die Befugnis, auf jegliche Amtsenthebungsklage des Repräsentantenhauses hin ein Amtsenthebungsverfahren zu führen. Die Gesetzesinitiative weist den Oberrichter des Verfassungsgerichts von Oregon (Oregon Supreme Court) an, bei dem Amtsenthebungsverfahren den Vorsitz zu führen. Die Gesetzesinitiative schreibt vor, dass für die Verurteilung eines gewählten bundesstaatsweiten Amtsträgers eine Zweidrittelmehrheit aller Senatoren (20 Senatoren) erforderlich ist. Wenn ein angeklagter gewählter bundesstaatsweiter Amtsträger verurteilt wird, beschränkt sich das Urteil auf die Enthebung des Amtsträgers von seinem Amt und seine Disqualifikation von der Bekleidung anderer öffentlicher Ämter in diesem Bundesstaat. Eine Verurteilung im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens nach dieser Gesetzesinitiative schließt jedoch weder strafrechtliche Verfahren gegen den des Amtes enthobenen Amtsträger, noch eine zivilrechtliche Haftung desselben aus.

Mitglieder des Ausschusses:

Senator Tim Knopp, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender
Senatorin Kate Lieber, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender
Senator James Manning Jr., **Ernannt von:** Senatsvorsitzender
Repräsentant Ben Bowman, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses
Repräsentant Paul Holvey, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses
Repräsentantin Kim Wallen, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

(Dieser Ausschuss wurde ernannt, um eine unparteiische Erklärung der Gesetzesinitiative gemäß Abschnitt 366 des Gesetzbuchs von Oregon (2023) zur Verfügung zu stellen.)

Nach ORS 251.170 können übersetzte Versionen von Argumenten für oder gegen Gesetzesinitiativen auf Bundesstaatsebene (State Measures) eingereicht werden. Es wurden keine übersetzten Versionen von Argumenten eingereicht. Alle englischsprachigen Argumente sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Gemeinsamer Beschluss 34 des Senats – während des 82. regulären Tagungszeitraums der legislativen Versammlung des Bundesstaats Oregon 2023 den Wählern zu deren Zustimmung oder Ablehnung bei der Hauptwahl am 5. November 2024 vorgelegt.

Gesetzesinitiative 116

Ändert die Verfassung: Begründet eine „Unabhängige Kommission zur Bestimmung der Vergütung im öffentlichen Dienst“ (Independent Public Service Compensation Commission), um die Gehälter bestimmter Amtsträger festzulegen; beendet die Befugnis der Legislative zur Festlegung dieser Gehälter.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja): Bei einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja) wird die Verfassung von Oregon dahingehend geändert, dass eine Kommission gegründet wird, welche die vom Bundesstaat an bestimmte Amtsträger gezahlten Gehälter festlegt; die derzeitige Praxis, die betreffenden Gehälter durch Gesetze festzulegen, wird ersetzt; gibt vor, dass die Feststellungen der Kommission automatisch zu finanzieren sind.

Ergebnis einer Abstimmung mit „No“ (Nein): Bei einer Abstimmung mit „No“ (Nein) bleibt das gegenwärtige Gesetz gültig, nach dem die vom Bundesstaat an bestimmte Amtsträger gezahlten Gehälter durch das Gesetz festgelegt werden.

Zusammenfassung: Nach der derzeitigen Gesetzgebung werden die vom Bundesstaat an viele öffentliche Amtsträger gezahlten Gehälter durch das Gesetz festgelegt und können nur durch Gesetze geändert werden. Diese Gesetzesinitiative genehmigt die Einberufung eines Gremiums namens Unabhängige Kommission zur Bestimmung der Vergütung im öffentlichen Dienst (Independent Public Service Compensation Commission), das die Gehälter festlegen wird, die vom Staat an die Inhaber der Ämter des Gouverneurs, Finanzministers, Staatsjustizministers, Kommissars des Amtes für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries), Richter am Verfassungsgericht, Richter an anderen Gerichten unter der Verwaltung der Judikative der Regierung des Bundesstaats, Senatoren des Bundesstaats, Repräsentanten des Bundesstaats und Staatsanwälte gezahlt werden. Die Feststellungen der Kommission würden gegebenenfalls keiner Prüfung oder Änderung durch die legislative Versammlung, den Gouverneur oder andere Amtsträger unterliegen. Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass die Mitglieder der Kommission gesetzlich festgelegt sind, außer dass die folgenden Personengruppen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind: Beamte und Mitarbeiter des Bundesstaats, Lobbyisten und die unmittelbaren Angehörigen der betreffenden Beamten, Mitarbeiter und Lobbyisten. Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass ausreichende Finanzmittel zur Bezahlung der Gehaltsfeststellungen der Kommission automatisch aus dem Allgemein Haushalt gestellt werden, ohne dass eine weitere gesetzliche Bewilligung erforderlich ist.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen: Durch diese Gesetzesinitiative wird die Verfassung dahingehend geändert, dass eine Kommission einberufen wird, die für Entscheidungen über die Gehälter bestimmter gewählter Amtsträger verantwortlich ist. Die Finanzmittel für Gehälter kommen aus dem allgemeinen Haushalt. Die Gesetzesinitiative selbst enthält keine Entscheidung über die Finanzmittel, die zur Deckung der Gehälter erforderlich sind. Die Haushaltsauswirkungen auf den Bundesstaat aufgrund der gewählten Gehälter und aufgrund der Mitarbeiter der Kommission konnte nicht ermittelt werden. Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen für kommunale Regierungen.

Mitglieder des Ausschusses:

Innenministerin LaVonne Griffin-Valade

Finanzminister, Tobias Read

Berri Leslie, Direktorin, Verwaltungsamt (Department of Administrative Services)

Betsy Imholt, Direktorin, Finanzamt (Department of Revenue)

Ernest Stephens, Repräsentant eines Ortes, Landkreises oder Wahlbezirks mit

Fachwissen im Bereich Finanzwesen für kommunale Behörden

(Die Schätzung zu den finanziellen Auswirkungen wurde von dem oben genannten Ausschuss gemäß ORS 250.127 angefertigt)

Erläuternde Erklärung

Vom gemeinsamen Ausschuss für Titel und erläuternde Erklärungen für Gesetzesinitiativen gemäß Teil 1, Abschnitt 366, des Gesetzbuchs von Oregon 2023.

Nach derzeitigem Recht legen Abgeordnete durch Gesetzgebung ihre eigenen Gehälter fest sowie die Gehälter, die der Bundesstaat an viele andere öffentliche Amtsträger bezahlt. Diese Gehälter können nur durch Gesetze geändert werden.

Gesetzesinitiative 116 ändert die Verfassung von Oregon dahingehend, dass ein neues Gremium namens Unabhängige Kommission zur Bestimmung der Vergütung im öffentlichen Dienst (Independent Public Service Compensation Commission) einberufen wird, das die Gehälter festlegen wird, die vom Staat an die Inhaber der Ämter des Gouverneurs, Finanzministers, Staatsjustizministers, Kommissars des Amtes für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries), Richter des Verfassungsgerichts, Richter an anderen Gerichten unter der Verwaltung der Judikative der Regierung des Bundesstaats, Senatoren des Bundesstaats, Repräsentanten des Bundesstaats und Staatsanwälte gezahlt werden. Die Feststellungen der Kommission hinsichtlich der Gehälter wären endgültig und würden gegebenenfalls keiner Prüfung oder Änderung durch die legislative Versammlung, den Gouverneur oder andere Amtsträger unterliegen.

Die Gesetzesinitiative untersagt es Beamten und Mitarbeiter des Bundesstaats, Lobbyisten und deren unmittelbaren Angehörigen, Mitglied der Unabhängige Kommission zur Bestimmung der Vergütung im öffentlichen Dienst (Independent Public Service Compensation Commission) zu sein. Die Gesetzesinitiative gibt der legislativen Versammlung die Befugnis, weitere Personengruppen festzulegen, die von der Mitgliedschaft bei der Kommission ausgeschlossen sind. Die Mitglieder der Kommission sind durch Gesetzgebung festzulegen.

Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass ausreichende Finanzmittel zur Deckung der von der Unabhängige Kommission zur Bestimmung der Vergütung im öffentlichen Dienst (Independent Public Service Compensation Commission) festgelegten Gehälter automatisch aus dem allgemeinen Haushalt des Bundesstaats bereitgestellt werden, ohne dass die legislative Versammlung, der Gouverneur oder irgendein anderer Amtsträger Maßnahmen ergreifen muss. Dies ist eine Ausnahme von der allgemeinen Anforderung gemäß Art. IX, Teil 4 der Verfassung von Oregon, dass eine gesetzliche Bereitstellung von Finanzmitteln erforderlich ist, um Gelder von der Staatskasse auszubehalten.

Mitglieder des Ausschusses:

Senator Tim Knopp, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Senatorin Kate Lieber, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Senator James Manning Jr., **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Repräsentant Ben Bowman, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

Repräsentant Paul Holvey, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

Repräsentantin Kim Wallen, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

(Dieser Ausschuss wurde ernannt, um eine unparteiische Erklärung der Gesetzesinitiative gemäß Abschnitt 366 des Gesetzbuchs von Oregon (2023) zur Verfügung zu stellen.)

Nach ORS 251.170 können übersetzte Versionen von Argumenten für oder gegen Gesetzesinitiativen auf Bundesstaatsebene (State Measures) eingereicht werden. Es wurden keine übersetzten Versionen von Argumenten eingereicht. Alle englischsprachigen Argumente sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Gesetzesvorlage 2004 des Repräsentantenhauses – während des 82. regulären Tagungszeitraums der legislativen Versammlung des Bundesstaats Oregon 2023 den Wählern zu deren Zustimmung oder Ablehnung bei der Hauptwahl am 5. November 2024 vorgelegt.

Gesetzesinitiative 117

Gibt den Wählern die Möglichkeit, Kandidaten ihrer Vorliebe nach in eine Reihenfolge zu bringen; der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen erhält, gewinnt.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja)

Eine Abstimmung mit „Yes“ (Ja) gibt den Wählern die Möglichkeit, Kandidaten für bestimmte Ämter auf Bundes- und Bundesstaatsebene ihrer Vorliebe nach in eine Reihenfolge zu bringen. Legt einen Prozess fest, mit dem die Stimmen in Wahlrunden gezählt werden, wobei der Kandidat mit den wenigsten Stimmen in jeder Runde ausscheidet und die Stimmen der ausgeschiedenen Kandidaten an den aktiven Kandidaten gehen, dem der betreffende Wähler den nächsthöheren Rang zugewiesen hat. Schreibt vor, dass ein Kandidat in der letzten Wahlrunde die Mehrzahl der Stimmen erhalten muss, um die Wahl zu gewinnen.

Ergebnis einer Abstimmung mit „No“ (Nein)

Bei einer Abstimmung mit „No“ (Nein) bleibt das derzeitige Wahlsystem unverändert. Der Wähler wählt jeweils einen Kandidaten für Ämter auf Bundes- oder Bundesstaatsebene. Der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt. Eine Stimmenmehrheit ist nicht erforderlich, damit ein Kandidat die Wahl gewinnt.

Zusammenfassung:

Zurzeit erfordert das Gesetz des Bundesstaats, dass die Wähler für jedes auf dem Stimmzettel angegebene Amt nur einen einzigen Kandidaten wählen. Der Kandidat mit den meisten Stimmen nach der Auszählung der Einzelstimmen gewinnt die Wahl, selbst wenn er nicht die Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Diese Gesetzesinitiative gibt den Wählern die Möglichkeit, ein sogenanntes Präferenzwahlsystem zu verwenden, bei dem sie die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Vorliebe ordnen. Nach dieser Gesetzesinitiative haben die Wähler die Möglichkeit, nur einen Kandidaten oder mehrere Kandidaten je Amt in eine Rangfolge zu bringen oder Kandidaten handschriftlich einzutragen. Stimmen werden an den Kandidaten vergeben, dem der betreffende Wähler den höchsten Rang zugewiesen hat. Wenn kein Kandidat eine Stimmehrheit erhält, werden die Stimmen automatisch in Wahlrunden gezählt. Der Kandidat mit den wenigsten Stimmen in der betreffenden Runde scheidet aus. Die Stimmen des ausgeschiedenen Kandidaten gehen an den Kandidaten, dem der Wähler den nächsthöchsten Rang zugewiesen hat. Dieser Prozess wird fortgesetzt, bis ein Kandidat die Mehrzahl der Stimmen erhält. Die Gesetzesinitiative gilt für die Nominierung und Wahl von Präsidenten, US-Senatoren, Repräsentanten im Kongress, Gouverneuren, Innenministern, Finanzministern und Staatsjustizministern sowie die

Wahl des Kommissars des Amts für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries). Die Gesetzesinitiative erfordert, dass die Innenministerin von Oregon ein Programm erstellt, um die Wähler darüber zu informieren, wie Wahlen mit einem Präferenzwahlsystem durchgeführt werden. Gibt Kommunalregierungen die Möglichkeit, ein Präferenzwahlsystem bei Kommunalwahlen einzuführen. Kommunalregierungen, die ein Präferenzwahlsystem vor 2025 eingeführt haben, können das derzeitige System weiterverwenden oder es ändern. Die Gesetzesinitiative betrifft Wahlen ab 2028.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen:

Diese Gesetzesinitiative sieht ein Präferenzwahlsystem für Wahlämter auf Bundes-, Bundesstaats- und bestimmte Wahlämter auf Kommunalebene vor. Die Innenministerin muss Regeln für die Durchführung von Wahlen nach dem Präferenzwahlsystem aufstellen und die Wähler über das Präferenzwahlsystem aufklären. Die Innenministerin und die Sachbearbeiter der Landkreise müssen bis zum 15. September 2026 zwei Berichte bei vorläufigen Gesetzgebungsausschüssen vorliegen. Wenn die Wähler dieser Gesetzesinitiative zustimmen, muss das Präferenzwahlsystem bis zum 1. Januar 2028 eingeführt werden.

Es wird geschätzt, dass diese Gesetzesinitiative im Zweijahreszeitraum 2023-2025 0,9 Millionen US-Dollar kosten wird. Diese Kosten fallen für die Bezahlung der Mitarbeiter und Beratungsdienste an, die erforderlich sind, damit die Innenministerin die Gesetzesinitiative umsetzen kann. Im Zweijahreszeitraum 2025-2027 belaufen sich die Kosten der Gesetzesinitiative auf schätzungsweise 5,6 Millionen US-Dollar. Diese dienen der fortlaufenden Finanzierung von Mitarbeitern und Beratungsdiensten sowie zur Deckung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Informationstechnik.

Die Kosten der Gesetzesinitiative auf Kommunalebene sind weniger gut bekannt. Die Sachbearbeiter der Landkreise schätzen, dass die Gesetzesinitiative anfänglich 2,3 Millionen US-Dollar kosten wird. Diese Gelder werden verwendet, um die Technologie zu verbessern, Mitarbeiter zu schulen und das neue System zu testen. Jede bundesstaatsweite Wahl wird 1,8 Millionen US-Dollar mehr kosten, um zusätzliche Druck- und Logistikkosten zu decken. Die Kosten für Software- und Wartungsverträge werden sich auf zusätzliche 0,4 Millionen US-Dollar pro Jahr belaufen.

Mitglieder des Ausschusses:

Innenministerin LaVonne Griffin-Valade

Finanzminister Tobias Read

Berri Leslie, Direktorin, Verwaltungsamt (Department of Administrative Services)

Betsy Imholt, Direktorin, Finanzamt (Department of Revenue)

Ernest Stephens, Repräsentant eines Ortes, Landkreises oder Wahlbezirks mit Fachwissen im Bereich Finanzwesen für kommunale Behörden

(Die Schätzung zu den finanziellen Auswirkungen wurde von dem oben genannten Ausschuss gemäß ORS 251.127 angefertigt.)

Erläuternde Erklärung:

Gesetzesinitiative 117 ändert die Gesetze von Oregon dahingehend, dass Wähler die Möglichkeit haben, Kandidaten für bestimmte Ämter auf Bundes- und Bundesstaatsebene im Rahmen eines sogenannten Präferenzwahlsystems in der Reihenfolge ihrer Vorliebe zu ordnen. Nach der derzeitigen Gesetzgebung wählen die Wähler für die meisten Ämter jeweils nur einen Kandidaten und der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt, selbst wenn der Kandidat keine Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhält. Beim Präferenzwahlsystem bringen die Wähler die Kandidaten in eine Rangfolge, die ihre Präferenz widerspiegelt. Die Wähler haben die Möglichkeit, mehrere Kandidaten oder nur einen Kandidaten je Amt in eine Rangfolge zu bringen oder Kandidaten handschriftlich einzutragen. Die Stimmen werden in Wahlrunden ausgezählt. Wenn ein Kandidat in der ersten Runde die Mehrzahl der höchstrangigen Stimmen erhält, gewinnt der Kandidat. Wenn kein Kandidat die Mehrzahl der höchstrangigen Stimmen erhält, werden die Stimmen automatisch in weiteren Runden ausgezählt. Der Kandidat mit den wenigsten Stimmen in der betreffenden Runde scheidet aus und die Stimmen des ausgeschiedenen Kandidaten werden dem Kandidaten zugewiesen, dem der Wähler den nächsthöheren Rang gegeben hat. Dieser Prozess wird fortgesetzt, bis ein Kandidat die Mehrzahl der Stimmen erhält.

Die Gesetzesinitiative 117 erfordert, dass die Innenministerin ein Programm erstellt, um die Wähler darüber zu informieren, wie Wahlen mit einem Präferenzwahlsystem durchgeführt werden. Das Programm muss auf Englisch und in den fünf weiteren am häufigsten gesprochenen Sprachen in diesem Bundesstaat zur Verfügung gestellt werden.

Gesetzesinitiative 117 gilt für die Nominierung von Kandidaten für die Ämter des Präsidenten, von US-Senatoren, Repräsentanten im Kongress durch die großen politischen Parteien sowie für die Ämter des Gouverneurs, Innenministers, Finanzministers und Staatsjustizministers. Die Gesetzesinitiative gilt für die Wahl von Präsidenten und Vizepräsidenten, US-Senatoren, Repräsentanten im Kongress, Gouverneuren, Innenministern, Finanzministern und Staatsjustizministern sowie die Wahl des Kommissars des Amtes für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries). Die Gesetzesinitiative schafft die Vorwahl für den Kommissar des Amtes für Arbeitnehmerrechte (Bureau of Labor and Industries) ab.

Gesetzesinitiative 117 gibt Kommunalregierungen die Möglichkeit, für Wahlen für Kommunalämter und Vorwahlen für parteiische Kommunalämter ein Präferenzwahlsystem einzuführen. Die Gesetzesinitiative schreibt vor, dass die Innenministerin unter Rücksprache mit den Sachbearbeitern der Landkreise und

Wahlbeamten Regeln festlegt und Kommunalregierungen allgemeine Anweisungen zur Implementierung eines Präferenzwahlsystems gibt. Die Gesetzesinitiative gestattet es Gerichtsbarkeiten mit autonomer Selbstverwaltung, ein Präferenzwahlssystem vor dem Jahr 2025 einzuführen, um ihre derzeitige Methode weiter zu verwenden, oder diese Methode zu ändern.

Gesetzesinitiative 117 schreibt vor, dass die Innenministerin und die Sachbearbeiter der Landkreise die Wahlgesetze des Bundesstaats analysieren, um festzustellen, ob diese Gesetze einer Einführung des Präferenzwahlsystems im Wege stehen, und öffentlich zugängliche Berichte einreichen, in denen diese Analyse und die voraussichtlichen Kosten zur Umsetzung der Gesetzesinitiative erläutert werden.

Gesetzesinitiative 117 gilt für die Nominierungen und Wahlen ab dem 1. Januar 2028.

Mitglieder des Ausschusses:

Senator Tim Knopp*, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Senatorin Kate Lieber, **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Senator James Manning Jr., **Ernannt von:** Senatsvorsitzender

Repräsentant Ben Bowman, **Ernannt von:** Sprecher des Repräsentantenhauses Paul Holvey, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

Repräsentantin Kim Wallen*, **Ernannt von:** Sprecherin des Repräsentantenhauses

* Das Mitglied hat dagegen gestimmt (stimmt der Erklärung nicht zu)

(Dieser Ausschuss wurde ernannt, um eine unparteiische Erklärung der Gesetzesinitiative gemäß Abschnitt 366 des Gesetzbuchs von Oregon (2023) zu formulieren.)

Nach ORS 251.170 können übersetzte Versionen von Argumenten für oder gegen Gesetzesinitiativen auf Bundesstaatsebene (State Measures) eingereicht werden. Es wurden keine übersetzten Versionen von Argumenten eingereicht. Alle englischsprachigen Argumente sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Vorgelegt durch ein Initiativengesuch zur Abstimmung bei der Hauptwahl am 5. November 2024

Gesetzesinitiative 118

Erhöht den höchsten Mindeststeuersatz für Unternehmen; verteilt die Steuereinnahmen an leistungsberechtigte Personen; der Staat gleicht Leistungskürzungen des Bundes aus.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja): Bei einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja) wird die Mindestunternehmenssteuer auf Umsätze in Oregon von mehr als 25.000.000 US-Dollar erhöht; die Steuerdeckelung wird abgeschafft; die Steuereinnahmen werden an leistungsberechtigte Personen verteilt; der Bundesstaat gleicht Leistungskürzungen des Bundes aus.

Ergebnis einer Abstimmung mit „No“ (Nein): Bei einer Abstimmung mit „No“ (Nein) wird der Mindestunternehmenssteuer auf Umsätze in Oregon beibehalten; es gelten unterschiedliche Steuerbeträge in zwölf Steuerstufen mit einer Deckelung des Steuerbetrags bei 100.000 US-Dollar auf Umsätze von mehr als 100.000.000 US-Dollar.

Zusammenfassung:

Nach dem derzeitigen Gesetz müssen Unternehmen eine Steuer auf steuerpflichtiges Einkommen oder eine Mindestunternehmenssteuer zahlen, wobei der jeweils höhere Betrag gilt. Außer bei S-Unternehmen wird der Mindeststeuerbetrag anhand einer Steuerstufe ermittelt, die sich nach dem Umsatz des Unternehmens in Oregon richtet; die Mindeststeuer ist für Umsätze ab 100.000.000 US-Dollar auf 100.000 US-Dollar begrenzt. Ab dem Jahr 2025 streicht die Gesetzesinitiative die Deckelung der Mindeststeuer; die Mindeststeuer für alle Unternehmen mit Umsätzen in Oregon in Höhe von mehr als 25.000.000 US-Dollar wird erhöht, indem für Umsätze ab 25.000.000 US-Dollar eine zusätzliche Steuer in Höhe von 3 % erhoben wird. Die Gesetzesinitiative weist das Finanzamt (Department of Revenue) an, die erhöhten Steuereinnahmen (abzüglich bestimmter Kosten) zu gleichen Teilen an alle Personen zu verteilen, die für mehr als 200 Tage pro Jahr in Oregon wohnen. Die Verteilung von Steuereinnahmen hat keinen Einfluss auf die Berechtigung von Personen zum Erhalt von Leistungen des Bundesstaates; die Gesetzesinitiative schreibt vor, dass reduzierte Leistungen des Bundes ausgeglichen werden, falls die Auszahlung die von einer Person erhaltenen Leistungen aus jeglichen bedarfsorientierten Programmen negativ beeinflusst. Sonstige Bestimmungen.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen: Die Gesetzesinitiative sieht eine neue Bruttoeinkommensteuer als Mindeststeuer für bestimmte Unternehmen vor. Nach Angaben des Legislativen Steuerhofs beinhalten die indirekten wirtschaftlichen Kosten der Gesetzesinitiative eine Preiserhöhung auf Produkte und Dienstleistungen in Höhe von 1,3 % sowie einen Rückgang von Arbeitsplätzen, Löhnen und persönlichen Einkommen. Die Steuereinnahmen aus Unternehmenssteuern werden sich im Zeitraum

von 2023-2025 um schätzungsweise 1,3 Milliarden US-Dollar, im Zeitraum von 2005 und 20-2027 um schätzungsweise 14,7 Milliarden US-Dollar und im Zeitraum von 2027-2029 um schätzungsweise 15,6 Milliarden US-Dollar erhöhen.

Die neuen Steuereinnahmen werden verwendet, um leistungsberechtigten Personen in Oregon jährliche Rückvergütungen zukommen zu lassen. Für die Auszahlung der Rückvergütungen werden im Zeitraum 2025-2027 schätzungsweise 13,6 Milliarden US-Dollar und im Zeitraum 2027-2029 schätzungsweise 17,1 Milliarden US-Dollar erforderlich sein. Die Verwaltungskosten sowie eventuelle zusätzliche Zahlungen werden von dem auszuzahlenden Betrag abgezogen.

Die bekannten Verwaltungskosten belaufen sich auf schätzungsweise 1,6 Millionen US-Dollar aus dem allgemeinen Haushalt und 22 permanente Positionen im Zweijahreszeitraum 2023-2025 und auf 48,2 Millionen aus dem allgemeinen Haushalt und 199 zusätzliche permanente Positionen im Zweijahreszeitraum 2025-2027 im Finanzamt (Oregon Department of Revenue) von Oregon. Die Gesetzesinitiative wird zu einem signifikanten Anstieg des Arbeitsaufwands für die Bearbeitung von Anträgen auf die Rückvergütung, die Prüfung der Identität und Leistungsberechtigung der Antragsteller, die Prüfung der Zahlungen und Steuerrückvergütungen auf betrügerische Aktivität, die Bearbeitung von Anfechtungen, eine Erhöhung der Anzahl von Kundenanfragen, erhöhte Steuerprüfungs- und Einzugsaktivitäten im Zusammenhang mit der neuen Steuer und vermehrte Programmieraktivitäten für Technologie führen. Andere größere Ausgaben sind unbekannt, könnten jedoch für Dinge wie Schecks und Guthabekarten für die Zahlung von Rückvergütungen, Postsendungen im Zusammenhang mit dem Programm, Rechtskosten und Kosten für öffentliche Informationen erheblich sein.

Personen, denen aufgrund der Rückvergütung Einbußen bei Leistungen des Bundes entstehen, erhalten zusätzliche Ausgleichszahlungen. Die Kosten im Zusammenhang mit dieser Bestimmung sind unbekannt.

Rückvergütungen, die von den leistungsberechtigten Personen abgelehnt werden, stehen zur Finanzierung von Leistungen für Senioren, medizinische Versorgung und öffentliche Bildung von der Frühpädagogik bis zum Abitur zur Verfügung. Die Auswirkungen derartiger Ablehnungen von Rückvergütungen ist unbekannt.

Nach der anfänglichen Einführungsphase werden die Gesamtkosten des Rückvergütungsprogramms pro Zweijahreszeitraum voraussichtlich höher sein als die neuen Steuereinnahmen je Zweijahreszeitraum. Die geschätzten indirekten Auswirkungen auf persönliche Einkommen und Steuereinnahmen umfassen einen Rückgang in Höhe von 12 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2023-2025, 199 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2025-2027 und 207 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2027-2029. Schließlich werden sich voraussichtlich wirtschaftliche Veränderungen ergeben, welche die Steuereinnahmen des Bundesstaats um etwa 11 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2023-2025, 150 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2025-2027 und 400 Millionen US-Dollar im Zeitraum 2027-2029 reduzieren werden.

Die Steuerrückzahlung von Unternehmen wird sich im Zeitraum 2025-2027 um schätzungsweise 1,3 Milliarden US-Dollar erhöhen und Überweisungen aus dem allgemeinen Haushalt in den Reservefonds wird sich reduzieren.

Die Auswirkungen auf Kommunalregierungen sind unbekannt.

Mitglieder des Ausschusses:

Innenministerin LaVonne Griffin-Valade

Finanzminister Tobias Read

Berri Leslie, Direktorin, Verwaltungsamt (Department of Administrative Services)

Betsy Imholt, Direktorin, Finanzamt (Department of Revenue)

Ernest Stephens, Repräsentant eines Ortes, Landkreises oder Wahlbezirks mit Fachwissen im Bereich Finanzwesen für kommunale Behörden

(Die Schätzung zu den finanziellen Auswirkungen wurde von dem oben genannten Ausschuss gemäß ORS 250.127 angefertigt.)

Erläuternde Erklärung:

Gesetzesinitiative 118 erhöht die Mindestunternehmenssteuer für Unternehmen mit einem Jahresumsatz in Oregon von mehr als 25 Millionen US-Dollar nach Angabe auf der Steuererklärung für das betreffende Jahr. Die Steuereinnahmen aus der Steuererhöhung werden verwendet, um in Oregon ansässigen leistungsberechtigten Personen Steuerrückvergütungen in gleicher Höhe auszus zahlen. Die Mindestunternehmenssteuer wird um 3 % des Jahresumsatzes des Unternehmens in Oregon auf Umsätze über 25 Millionen US-Dollar erhöht.

Die Gesetzesinitiative gilt für „C-“, „B-“ und andere Unternehmen, die im allgemeinen Einkommens- oder Verbrauchssteuern zahlen, sowie für „S-“ Unternehmen, die im allgemeinen keine direkten Unternehmenssteuern zahlen. Zurzeit zahlen Unternehmen, mit Ausnahme von S-Unternehmen, entweder eine Steuer auf das steuerpflichtige Einkommen des Unternehmens oder die geltende Mindestunternehmenssteuer, wobei der jeweils höhere Betrag gilt. Die Mindestunternehmenssteuer beträgt heute 150 US-Dollar bis 100.000 US-Dollar pro Jahr und basiert auf dem Umsatz des betreffenden Unternehmens in Oregon. Beispielsweise zahlt ein Unternehmen, das kein S-Unternehmen ist, mit einem Umsatz in Höhe von 25 Millionen bis 50 Millionen US-Dollar eine Mindeststeuer in Höhe von 30.000 US-Dollar pro Jahr. Nach dem jetzigen Gesetz ist die Mindeststeuer für Unternehmen mit einem Umsatz in Oregon von 100 Millionen US-Dollar oder mehr auf 100.000 US-Dollar pro Jahr begrenzt. Nach der jetzigen Gesetzgebung zahlen S-Unternehmen in Oregon 150 US-Dollar pro Jahr, unabhängig von ihrem Umsatz.

Gesetzesinitiative 118 sieht eine Erhöhung der Steuern auf Unternehmen, einschließlich S-Unternehmen, mit einem Umsatz in Oregon von mehr als 25 Millionen US-Dollar pro Jahr in Höhe von 3 % der Umsätze in Oregon über 25 Millionen US-Dollar vor. Dies gilt zusätzlich zur derzeitigen Mindestunternehmenssteuer.

Gesetzesinitiative 118 sieht vor, dass die erhöhten Steuereinnahmen durch die Mindestunternehmenssteuer zu gleichen Teilen an Personen ausgezahlt werden, die während des vorausgegangenen Kalenderjahres mindestens 200 Tage lang in Oregon wohnhaft waren, wobei Ausnahmen für Geburten und Todesfälle gelten. Personen mit leistungsberechtigten Unterhaltsberechtigten oder Mündeln erhalten die Rückvergütungen für die betreffenden Unterhaltsberechtigten oder Mündel. Das Finanzamt (Department of Revenue DOR) ermittelt jährlich die verfügbare Rückvergütung.

Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass (1) Steuereinnahmen durch nicht in Anspruch genommene Rückvergütungen in das nachfolgende Jahr vorgetragen werden und (2) was abgelehnte Rückvergütungen betrifft, die Legislative Gelder zuweisen muss, die nicht für Leistungen an Senioren, medizinische Versorgung, öffentliche Frühpädagogik und öffentliche Bildung vom Kindergarten bis zur 12. Klasse rückvergütet wurden.

Rückvergütungen nach dieser Gesetzesinitiative sind nicht steuerpflichtig und haben keinen Einfluss auf den Anspruch auf Leistungen aus Programmen des Bundesstaats. Die Gesetzesinitiative weist das Sozialamt an (Department of Human Services), bei der Bundesregierung Erlasse für Leistungsempfänger zu beantragen, die an besonderen Leistungsprogrammen auf Bundesebene teilnehmen, damit die Leistungen dieser Personen nicht gekürzt werden. Sollten diese Erlasse von der Bundesregierung nicht gewährt werden, weist die Gesetzesinitiative das DOR an, Leistungsempfängern aus Bundesprogrammen die Kürzung ihrer Leistungen auszugleichen. Rückzahlungen dürfen nur aus Steuereinnahmen durch die von der Gesetzesinitiative auferlegte Steuererhöhung finanziert werden.

Die Gesetzesinitiative gibt Anweisungen über die Verwaltung und die Berechtigung zum Erhalt einer Rückvergütung und stellt dem DOR fortlaufend Finanzmittel zur Deckung der Verwaltungskosten zur Verfügung.

Die Gesetzesinitiative gilt ab dem Steuerjahr 2025 und erlaubt die Auszahlung von Rückvergütungen ab dem Jahr 2026.

Mitglieder des Ausschusses:

Antonio Gisbert, **Ernannt von:** Haupteinreicher des Gesuchs
Dan Meek, **Ernannt von:** Haupteinreicher des Gesuchs
Angela Wilhems, **Ernannt von:** Innenministerin
Jenny Dressler, **Ernannt von:** Innenministerin
Corey Streisinger, **Ernannt von:** Mitgliedern des Ausschusses

(Dieser Ausschuss wurde ernannt, um eine unparteiische Erklärung der Gesetzesinitiative gemäß ORS 251.215 zur Verfügung zu stellen.)

Nach ORS 251.170 können übersetzte Versionen von Argumenten für oder gegen Gesetzesinitiativen auf Bundesstaatsebene (State Measures) eingereicht werden. Es

wurden keine übersetzten Versionen von Argumenten eingereicht. Alle englischsprachigen Argumente sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.

Vorgelegt durch ein Initiativengesuch zur Abstimmung bei der Hauptwahl am 5. November 2024

Gesetzesinitiative 119

Cannabis-Einzelhändler/Verarbeiter müssen in Bezug auf Mitteilungen von Arbeitnehmerorganisationen an ihre Mitarbeiter neutral bleiben; Strafmaßnahmen.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja): Im Falle einer Abstimmung mit „Yes“ (Ja) müssen Cannabis-Einzelhändler/Verarbeiter zustimmen, neutral zu bleiben, wenn Arbeitnehmerorganisationen mit ihren Mitarbeitern in Bezug auf Tarifverhandlungsrechte kommunizieren; mögliche Strafmaßnahmen in Bezug auf die Lizenzierung/Zertifizierung.

Ergebnis einer Abstimmung mit „No“ (Nein): Im Falle einer Abstimmung mit „No“ (Nein) bleiben die derzeitigen Gesetze gültig; keine Erfordernis, dass Cannabis-Einzelhändler/Verarbeiter in Bezug auf Kommunikationen zwischen ihren Mitarbeitern und Arbeitnehmerorganisationen neutral bleiben müssen.

Zusammenfassung:

Derzeit haben Arbeitnehmer generell ein gesetzliches Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen. Die Gesetzesinitiative schreibt vor, dass eine Vereinbarung zwischen Cannabis-Einzelhändlern/Verarbeitern und Arbeitnehmerorganisationen, die der Definition einer Arbeitnehmerorganisation nach dem Nationalen Gesetz zu Arbeitsbeziehungen entspricht und die unabhängig vom Einzelhändler/Verarbeiter agieren, geschlossen werden muss. Diese Vereinbarung muss zumindest vorschreiben, dass der Einzelhändler/Verarbeiter neutral bleiben muss, wenn Vertreter der Arbeitnehmerorganisation mit Mitarbeitern über Tarifverhandlungsrechte kommunizieren. Der Ausschuss für Spirituosen und Cannabis in Oregon (Oregon Liquor and Cannabis Commission) hat neben den bestehenden Lizenz- oder Zertifizierungsanforderungen für Cannabis-Einzelhändler/Verarbeiter eine entsprechende unterzeichnete Vereinbarung oder Bescheinigung der betreffenden Vereinbarung zu fordern. Das Fehlen einer unterzeichneten Vereinbarung oder Bescheinigung oder die Missachtung der Vereinbarung kann zu Strafmaßnahmen führen, darunter Bußgelder oder die Ablehnung, Suspendierung oder Aufhebung der Lizenz oder des Zertifikates des Einzelhändlers/Verarbeiters.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen:

Diese Gesetzesinitiative wird die Kosten der bundesstaatlichen Regierung im ersten Jahr um ca. 0,6 Millionen US-Dollar erhöhen. Die laufenden Kosten werden sich in allen nachfolgenden Jahren um ca. 0,8 Millionen US-Dollar erhöhen. Die geschätzten Kosten beinhalten sechs neue Positionen zur Überprüfung von Antragsdokumenten und Überwachung der Einhaltung. Die gestiegenen Kosten werden aus Lizenzantragsgebühren gedeckt. Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen für kommunale Regierungen.

Mitglieder des Ausschusses:

Innenministerin LaVonne Griffin-Valade

Finanzminister Tobias Read

Berri Leslie, Direktorin, Verwaltungsamt (Department of Administrative Services)

Betsy Imholt, Direktorin, Finanzamt (Department of Revenue)

Ernest Stephens, Repräsentant eines Ortes, Landkreises oder Wahlbezirks mit Fachwissen im Bereich Finanzwesen für kommunale Behörden

(Die Schätzung zu den finanziellen Auswirkungen wurde von dem oben genannten Ausschuss gemäß ORS 250.127 angefertigt.)

Erläuternde Erklärung:

Gesetzesinitiative 119 erfordert, dass Cannabis-Einzelhändler und Verarbeiter, darunter auch bestimmte Labore oder Forscher, die mit Cannabis arbeiten, eine Arbeitsfriedensvereinbarung mit einer tatsächlichen Arbeitnehmerorganisation abschließen, um im Bundesstaat Oregon eine Lizenz zu erhalten oder verlängert zu bekommen. Die Vereinbarung muss vorsehen, dass das Cannabis-Unternehmen zustimmt, neutral zu bleiben, wenn eine Arbeitnehmerorganisation mit Mitarbeitern des Cannabis-Unternehmens in Bezug auf Tarifverhandlungsrechte kommuniziert. Durch die Gesetzesinitiative wird der Ausschuss für Spirituosen und Cannabis in Oregon (Oregon Liquor and Cannabis Commission, OLCC) angewiesen, diese Vereinbarung zu fordern, um eine Lizenz oder Zertifizierung auszustellen oder zu verlängern.

Derzeitige Situation:

- Derzeit haben Arbeitnehmer nach Bundesrecht generell ein Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.
- Das Bundesrecht erlegt Unternehmen keine Pflicht auf, in ihrer Kommunikation neutral zu bleiben oder eine Arbeitsfriedensvereinbarung abzuschließen.
- In Oregon sind Cannabis-Unternehmen nicht verpflichtet, eine Arbeitsfriedensvereinbarung mit einer Arbeitnehmerorganisation abzuschließen oder in ihrer Kommunikation in Bezug auf die Organisation von Arbeitnehmern und Tarifverhandlungen neutral zu bleiben.
- Alle Cannabis-Einzelhändler und -Verarbeiter sind verpflichtet, vom OLCC eine Lizenz einzuholen, bevor sie die Tätigkeit als Einzelhändler oder Verarbeiter in Oregon aufnehmen, und diese Lizenz regelmäßig zu verlängern. Bestimmte Labore, die Tests oder Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit Cannabis durchführen, müssen vom OLCC eine Lizenz oder Zertifizierung erhalten, bevor sie ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen können.

Gesetzesinitiative 119 sieht Folgendes vor:

- Cannabis-Unternehmen, die beim OLCC eine Lizenz oder Zertifizierung oder deren Verlängerung beantragen, müssen eine unterzeichnete Arbeitsfriedensvereinbarung oder Bestätigung derselben einreichen, um eine Lizenz, Zertifizierungen, oder Verlängerung zu erhalten.
- Die Arbeitsfriedensvereinbarung muss mit einer Arbeitnehmerorganisation gemäß Definition nach 29 US-Gesetz Abschn. 402 des Nationalen Gesetz zu

Arbeitsbeziehungen abgeschlossen werden.

- Die Arbeitsfriedensvereinbarung muss mindestens vorsehen, dass das Cannabis-Unternehmen zustimmt, neutral zu bleiben, wenn die Vertreter eine Arbeitnehmerorganisation mit den Mitarbeitern des Cannabis-Unternehmens in Bezug auf Tarifverhandlungsrechte kommunizieren.
- Wenn ein Cannabis-Unternehmen keine Arbeitsfriedensvereinbarung vorlegt oder die Bedingungen der Vereinbarungen nicht einhält, kann der OLCC den Antrag oder die Verlängerung ablehnen.
- Wenn eine Arbeitsfriedensvereinbarung aus irgendeinem Grund nach der Ausstellung einer Lizenz oder Zertifizierung beendet wird, muss das Cannabis-Unternehmen den OLCC innerhalb von 10 Geschäftstagen hierüber in Kenntnis setzen und innerhalb von 30 Tagen den Nachweis des Abschlusses einer neuen Arbeitsfriedensvereinbarung vorlegen. Sollte das Cannabis-Unternehmen dies nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist tun, muss der OLCC Strafmaßnahmen ergreifen oder Bußgelder auferlegen, deren Schwere sich erhöht, bis einschließlich Entzug der Lizenz oder Zertifizierung ab 120 Tagen nach Verstreichen der Frist.

Gesetzesinitiative 119 gilt für Anträge oder Verlängerungen von Cannabis-Lizenzen oder Zertifizierungen, die beim OLCC am oder nach dem 5. Dezember 2024 eingehen.

Mitglieder des Ausschusses:

Michael Selvaggio, **Ernannt von:** Haupteinreicher des Gesuchs

Madison Walters, **Ernannt von:** Haupteinreicher des Gesuchs

Derek Sangston, **Ernannt von:** Innenministerin

Erin Sweeney, **Ernannt von:** Innenministerin

Marla Rae** **Ernannt von:** Mitgliedern des Ausschusses

** Mitglied bei der Abstimmung abwesend

(Dieser Ausschuss wurde ernannt, um eine unparteiische Erklärung der Gesetzesinitiative gemäß ORS 251.215 zur Verfügung zu stellen.)

Nach ORS 251.170 können übersetzte Versionen von Argumenten für oder gegen Gesetzesinitiativen auf Bundesstaatsebene (State Measures) eingereicht werden. Es wurden keine übersetzten Versionen von Argumenten eingereicht. Alle englischsprachigen Argumente sind unter oregonvotes.gov/VotersPamphlet einsehbar.